

gegen. Die nationale Frage in Deutschland kann nur gelöst werden, wenn dieser tiefe Klassengegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der imperialistischen Großbourgeoisie durch den antiimperialistischen Kampf und den Sieg der Arbeiterinteressen überwunden wird.

Freiheit der Arbeiterklasse bedeutet Freiheit der ganzen Nation, die Einheit der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit der Bauernschaft und anderen werktätigen Schichten führt zur Einheit der Nation.

Heute genügt es nicht mehr, schlechthin für den Frieden zu sein. Friedensliebe allein, so achtbar sie ist, hat die westdeutschen Imperialisten nicht daran gehindert, mit der atomaren Aufrüstung eine große Gefahr für unser Volk und ganz Europa heraufzubeschwören. Heute muß der Frieden im aktiven Kampf gegen den westdeutschen Militarismus verteidigt werden. Deutschland hat nur eine Zukunft als militärisch neutraler Staat. Das ist die Kampflösung gegen den westdeutschen Militarismus.

Wir in der Deutschen Demokratischen Republik tun unser Teil dazu, indem wir unsere Republik politisch, wirtschaftlich sowie auch militärisch weiter stärken und den deutschen Friedensvertrag abschließen. Aber damit nehmen wir den Anhängern des Friedens in Westdeutschland ihre Verantwortung nicht ab. Kein westdeutscher Arbeiter, kein friedliebender Bürger kann sich der eigenen Entscheidung entziehen.

#### IV

Mit dem Stimmzettel allerdings kann man in Westdeutschland die Militaristen nicht schlagen. Das haben die Bundestagswahlen am 17. September ein neues Mal bewiesen. Heute wagt niemand mehr zu behaupten, daß diese Wahlen irgendeine Entscheidung von Gewicht gebracht hätten.

Wenn sich in den letzten Wochen in Westdeutschland die Lage dennoch verändert hat, wenn das Bonner System Erschütterungen erlebt, dann ist das nicht ein Ergebnis der Bundestagswahlen, sondern eine Folge der neuen Lage, die wir mit unseren Maßnahmen gegen den Militarismus geschaffen haben.

Nicht das Gerede von Brandt, nicht Mende oder sonstwer, sondern unsere Politik der Verteidigung und Festigung des Friedens hat die Ausweglosigkeit der Bonner Politik der Stärke offensichtlicher werden lassen und manchen Bürger Westdeutschlands zum Nachdenken gebracht. Deshalb erlitt Adenauer bei den Wahlen eine Niederlage, die der CDU/CSU die absolute Mehrheit kostete.

Herrn Brandt erging es nicht besser. Auch er erlitt eine Pleite. Aus der